3 Uhr
er
e 0,20
z 0,50
mann
(1388e
Das schönste
Geschenk
ür jeden Zweck, stet
das
Neueste
kaufen Sie
billig
bei mir
Duttmann
Osterstr. 11
Bleib gesund!

Leo Kruschen Salz erhält die Organe gesund, indem es übermäßigen Ablagerungen von Schlacken und Giftstoffen im Körper vorbeugt dadurch die schädlichen Wirkungen, die diese Ablagerungen hervorrufen, vermeidet.
Drogerie Maaß,
Osterstraße.
In 3 Tagen
Nichtraucher
durch
Nitek Mundwasser.
Erfolg garantiert.
Drogerie Maaß,
Osterstraße 25,
Fernruf 3328.
Zwei sehr schöne
Wohnungen
in gutem ruhigem Hause, Stadtmitte, abgeschloss. 1. u. 2. Etage, je 4 Zimmer u. Küche, zusammen oder getrennt zu sofort oder später zu vermieten. Es kommen nur ruhig. solv. Dauermieter in Frage.
fferten erbeten unt. Nr. 1853 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
Schöne (1895
Zimmer-
ohnung
n liebh. an alleinstehende Person od. kinderloses Ehepaar zu vermieten. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Wasserreinigungsanlage
Kalk-Sodaverfahren, 1—5 cbm., gebr., gesucht. (A. 168
Offerten unt. A. B. 69 an die Münsterländische Volkszeitg. Rheine.
Kath. (291b
Mädchen
vom Lande, 19 J., sucht Stellung wo sie auch in der Küche m. tätig sein kann.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Dieser Raum kostet bei einmaliger Aufnahme bei Barzahlung ℳ 2.40
Ein Stellengesuch in dieser Größe kostet bei Barzahlung ℳ 1.60
bei 1maliger Aufnahme.
Beitskönigin
hon oft deren
erheit erfolgt,
ersten Preis
ationen
- Gerhard
d weich und
usfrauen und
m Bettenkauf
s Bettenhaus
lhausplatz. Es
r und Kind,
Betten be-
im ältesten
Jahre 1841

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 59 | Montag, den 29. Februar 1932

Der Zwist innerhalb der D.V.P. in Westfalen-Süd.

Die Treibereien „hinter dem Rücken der Partei".

— **Berlin**, 27. Februar.

Samstag nachmittag um 17 Uhr trat der Parteivorstand der DVP. zusammen und beschäftigte sich mit den Vorkommnissen innerhalb der Reichstagsfraktion und im Wahlkreise Westfalen-Süd. Der Parteivorstand betrachtet den Vorsitzenden des Wahlkreises Westfalen-Süd,

Hembeck, und den Geschäftsführer Schütz als aus der Partei ausgeschieden.

Erst wenn diese den Wunsch äußern sollten, doch noch der Partei weiter anzugehören, würden sich die Parteiinstanzen mit der Angelegenheit zu befassen haben. Die Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff sind infolge ihres Fernbleibens von der Reichstagsabstimmung nur aus der Fraktion ausgeschieden, nicht aus der Partei. Mit der Frage, was in dieser Angelegenheit weiter zu geschehen hat, haben sich zunächst nur die beiden Wahlkreise der betreffenden Herren zu befassen. Der Parteiausschuß der DVP. trat Sonntag nachmittag zusammen. Die Nationalliberale Correspondenz gibt einen Bericht aus, in dem es u. a. heißt:

„Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat heute zu einer fast vollzähligen besuchten Sitzung in Berlin zusammen. Den Bericht über die politische Lage gab der Parteiführer, Abg. Dingeldey. Die nächste Aufgabe der deutschen Politik, die die besondere Förderung durch die Deutsche Volkspartei verlange, ist die Durchführung der Wiederwahl Hindenburgs. Das politische Ziel des veränderten Kurses, das vom nationalen Deutschland verkündet wird, muß erreicht werden durch den Kampf im Parlament, nicht aber durch einen Druck von den Parteien auf das Reichsoberhaupt. Die Deutsche Volkspartei ist für ein loyales Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen und anderen bürgerlichen Parteien.

Sie wird aber nicht bereit sein, die weiße Fahne der Kapitulation aufzuziehen. Wo es hinter dem Rücken der Parteileitung versucht worden ist, die eigene Organisation in ein anderes Lager hineinzuführen, wird sie hart entschlossen sein, alle Maßnahmen dagegen rücksichtslos zu treffen.

Die Herren Hembeck und Schütz haben sich durch ihr Verhalten von selbst aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen. Das Gefühl der nationalen und liberalen Weltanschauung, das uns verbindet, wird immer stärker sein als alle Machenschaften, die sich gegen uns richten. Wenn die Deutsche Volkspartei ihr Dasein nur aus den Bedingungen der Tagespolitik schöpfen wollte, dann wäre sie längst erledigt.

Das Ausscheiden der Herren Dr. Curtius und von Kardorf aus der Fraktion war nach Lage der Dinge unvermeidlich.

Die Fraktion bleibt den Herren für ihre Verdienste aufrichtig dankbar. Ihr Ausscheiden hinterläßt keine persönliche Bitterkeit. Jetzt aber gilt es, die Augen nach vorwärts zu richten. Die Versammlung dankte dem Parteiführer stürmisch.

In der Aussprache gelangte zum Ausdruck, daß sämtliche Wahlkreise entschlossen sind, die Einigkeit der Partei aufrechtzuerhalten und die Politik der Reichstagsfraktion zu vertreten. Insbesondere wurde dies vom Wahlkreis Baden erklärt. Das entschiedene Vorgehen der Parteileitung gegen die Treibereien in Westfalen-Süd werde das erleichtern. Mit besonderem Nachdruck

sprachen die Redner des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ihre Entrüstung über dasjenige aus, was in Dortmund von einzelnen Führern versucht, aber an der Treue der großen Mehrheit der dortigen Parteifreunde gescheitert sei.

Der Grundton der Aussprache war, die Partei durch straffe Einheit für die kommenden Aufgaben zu stärken und dabei keine persönlichen Rücksichten zu üben. Im Hinblick auf die Vorgänge in Westfalen-Süd stellte der Reichsausschuß einstimmig fest:

„Wer ohne Wissen und Auftrag der Parteileitung über den Zusammenschluß von Organisationen der Deutschen Volkspartei mit anderen Parteien verhandelt oder gar dazu auffordert, stellt sich dadurch außerhalb des Rahmens der Partei."

Der weitere Inhalt der Beratungen galt den Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl, die mit allen Kräften unterstützt werden soll, ebenso der Vorbereitung der kommenden Preußenwahlen. Für die Hindenburg-Wahl wurde ein besonderer Aufruf des Reichsausschusses und des Parteivorstandes beschlossen."

★

Weitere Absplitterung.

× **Gelsenkirchen**, 28. Februar.

Die Vertretertagung der DVP., Gau Gelsenkirchen-Buer-Horst, nahm am Sonntag zu den Schwierigkeiten innerhalb der DVP. Stellung. Der Gauvorsitzende, Bergassessor und Generaldirektor Hueck, der bis zum Jahre 1930 auch Reichstagsabgeordneter war, brachte in der Versammlung zum Ausdruck, daß er mit der neuen Haltung der Partei nicht einverstanden sei. Er habe seine Auffassung auch in einem Brief dem Parteivorsitzenden Dingeldey mitgeteilt. Bergassessor Hueck teilte dann mit, daß er mit dem heutigen Tage seine sämtlichen Parteiämter zur Verfügung stelle und er aus der Partei ausscheide. Der bisherige Geschäftsführer des Gaues, Mehring, folgte seinem Beispiel.

Eine andere Lesart über die Dortmunder Versammlung.

× **Berlin**, 28. Februar.

Ueber die Vorgänge innerhalb des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd der Deutschen Volkspartei berichtet die „DAZ." entgegen der parteioffiziösen Mitteilung u. a. folgendes:

Im Wahlkreis Westfalen-Süd bestänben schon seit langem sehr energische Bestrebungen, die — und zwar mit Kenntnis der Parteileitung — einen Zusammenschluß der bürgerlichen Kräfte zum Ziel haben, zunächst durch Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei mit der Deutschnationalen Volkspartei. Dabei sei nicht daran gedacht gewesen, die Parteien als solche zusammenzuschließen, sondern maßgebende Persönlichkeiten des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd hätten unter dem Eindruck der zusammenbrechenden Wirtschaft und der fürchterlichen allgemeinen Lage Westfalens den anderen Weg beschritten, Stück für Stück zu einem gemeinsamen Block der bürgerlichen Kräfte zusammenzufassen. Im Zuge dieser Gedankengänge sei der Wahlkreisverband mit der Deutschnationalen Volkspartei in eine gewisse Fühlung getreten, die zum vollen Erfolg führte. Es sei eine Grundlage der Verständigung geschaffen worden, die nicht den bedingungslosen Uebertritt, sondern eine gleichberechtigte Vereinbarung bedeutete. Zur Beschlußfassung über diese Verständigungsgrundlage sei nun am Freitag der Geschäftsführende Ausschuß und der Vorstand des Wahlkreisverbandes zusammengerufen worden. Die Parteileitung in Berlin sei davon unterrichtet gewesen und habe zur Vertretung ihres Standpunktes vier Persönlichkeiten aus Berlin, den Reichstagsabgeordneten Hugo als Vertreter des Parteiführers, den früheren Kultusminister Boelitz, den Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion Stendel und die Abg. Frau v. Kulessa entsandt. In dem engeren und weiteren Gremium habe hierbei eine außerordentlich eingehende Aussprache stattgefunden. Schließlich sei mit 58 gegen 17 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen dem Vorschlag des Vorsitzenden zugestimmt worden, der den Austritt aus der Partei und den Zusammenschluß mit den Deutschnationalen, nicht den bedingungslosen Uebergang zu ihnen, in Aussicht nahm. Die vereinigte Partei sollte künftig „Vereinigte Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei in Westfalen-Süd" heißen. Im Hauptvorstand sei sodann ein neuer Kampf mit Geschäftsordnungsdebatten und allen anderen Mitteln der parlamentarischen Diskussion entstanden. Schließlich sei, um dem Parteiführer Gelegenheit zu geben, sich auch selbst nochmals zu der Angelegenheit zu äußern, die Vertagung der Debatte um 14 Tage beschlossen worden. Schließlich sei aber, um Mißdeutungen vorzubeugen, noch mit überwältigender Mehrheit ein Vertrauensvotum für den Vorsitzenden angenommen worden. Es handele sich also nicht um eine „unvorhergesehene Rebellion", der mit Ausschlüssen und Disziplinarstrafen ohne weiteres beizukommen wäre, sondern um größere politische Gedanken und um die Absicht, die beklagenswerte Zersplitterung der Kräfte der Rechten, zunächst in einem besonders wichtigen Wahlkreis, zu überwinden.

★

Eine Erklärung der westdeutschen Wahlkreise.

× **Berlin**, 28. Februar.

Die Wahlkreise Westfalen-Nord, Düsseldorf-Ost, Düsseldorf-West, Köln-Aachen und Koblenz-Trier der rheinisch-westfälischen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei veröffentlichen am Sonntag eine Erklärung, in der das Verhalten der Wahlkreisleitung von Westfalen-Süd scharf verurteilt wird. Die Arbeitsgemeinschaft habe in engem und offenem Zusammenwirken mit Hembeck und Generalsekretär Schütz für die Durchsetzung eines klaren Kurses innerhalb der Deutschen Volkspartei gewirkt. Niemals aber habe die Arbeitsgemeinschaft den Gedanken eines Ausbrechers aus der Partei oder gar des Ueberganges zu einer anderen Partei erwogen. Das Sondervorgehen der Wahlkreisleitung Westfalen-Süd bedeute eine schwere Schädigung des gesamtbürgerlichen Gedankens.

★

Ein deutlicher Fingerzeig für Dingeldey.

Mannheim, 27. Februar.

Das alte liberale Blatt Bassermanns, die „Neue Mannheimer Zeitung", schreibt zu dem Verhalten der Deutschen Volkspartei bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge im Reichstag folgende bemerkenswerten Sätze:

„Daß sich an diesem von vornherein zum Scheitern verurteilten Vorstoß gegen den Kanzler auch die Deutsche Volkspartei beteiligen will, bedauern wir sehr. Diese einst so große, einflußreiche und allgemein hochgeachtete Partei, die Partei Bennigsens, Bassermanns und Stresemanns verfolgt nach dem Tode Stresemanns einen politischen Kurs, der so undurchsichtig und so wenig zielbewußt ist, daß sich auch langjährige, gute Freunde dieser Partei immer mehr enttäuscht von ihr abwenden. Wenn der Parteiführer Herr Dingeldey durch den von ihm vorgeschriebenen Anwesenheitszwang bei der heutigen Reichstagsabstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den Kanzler es jetzt wirklich darauf ankommen läßt, daß eine große Reihe überzeugter Anhänger Brünings aus der Partei austritt, dann liegt wirklich die Frage nahe, ob es im Interesse der Partei nicht besser und zweckmäßiger wäre, wenn statt sechs Männern nur einer geht . . ."

Die Verhandlungen Dietrichs mit den Gastwirten abgebrochen.

Keine Biersteuersenkung bei Fortdauer des Bierstreiks.

× **Berlin**, 27. Februar.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat der Reichsfinanzminister die Verhandlungen mit den Vertretern der Gastwirte abgebrochen.

An zuständiger Stelle wird ferner die Nachricht bestätigt, daß die beabsichtigte Senkung der Biersteuer unterbleiben wird, wenn die beteiligten Organisationen den Bierstreik nicht beenden werden. Die in einer Zeitung gegebene Darstellung, daß die Regierung für den Abbruch des Bierstreiks einen Termin gesetzt hat, trifft nicht zu.

Preußen und die Präsidentenwahl

Konferenz der preußischen Ober- und Regierungspräsidenten. Eine Rede Severings. / Vertagung der Verwaltungsreform. Die Pressenotverordnung.

Abwehr des Radikalismus

÷ **Berlin**, 27. Februar.

Im Preußischen Ministerium des Innern fand heute eine Konferenz der preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten unter Leitung des Ministers des Innern Severing statt. Neben den höheren Beamten des Innenministeriums und anderer preußischer Ressorts nahmen auch Ministerpräsident Braun und die Staatsminister Steiger und Grimme daran teil. Die Beratungen wurden von Minister Severing mit einer längeren Ansprache eröffnet, in der er nach den einleitenden Begrüßungsworten ungefähr folgendes ausführte:

Es ist der preußischen Staatsregierung bekannt, so sagte er unter anderm, daß die Reichsregierung sich mit der Frage beschäftigt,

die Arbeitslosenversicherung und -unterstützung zu vereinfachen.

Ich fürchte, daß das nicht ohne neue Lasten für Länder und Gemeinden gehen wird. Die Gemeinden aber können nicht nur keine neuen Lasten mehr ertragen, sondern sind schon heute außerstande, ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Ein Eingriff in die Höhe der Unterstützungen aber würde unsre Aufgabe, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, außerordentlich erschweren. Unser Augenmerk wird deswegen darauf gerichtet sein, den Gemeinden und damit auch den ärmsten Gemeindebürgern nach besten Kräften zu helfen. Und auch aus dieser Tatsache heraus erwächst

die Frage der Verwaltungsreform,

die ja in der preußischen Notverordnung vom 23. Dezember 1931 als Programm aufgestellt ist. Die darin geforderte Zusammenlegung von Kreisen, die Einsparung von Regierungsbezirken ist ein Programm, das in nicht allzu ferner Zeit in die Tat umgesetzt werden muß. Die Schwierigkeiten jeder Verwaltungsvereinfachung sind uns bekannt. Es wäre töricht, in einer politisch so gespannten Atmosphäre noch durch Auflösung einer größeren Anzahl von Landkreisen die Beunruhigung zu vermehren.

Deshalb wird das Programm der Verwaltungsreform zu gegebener, günstigerer Zeit ausgeführt werden.

Das unmittelbar vor uns liegende wichtigste politische Ereignis ist die Wahl des Reichspräsidentee. Die preußische Verwaltung wird und darf keine Wahlbeeinflussung treiben. Nichtsdestoweniger aber ist die Haltung der preußischen Staatsregierung ganz klar und eindeutig, und muß auch die Stellung der preußischen politischen Beamten klar und eindeutig sein. Den Kandidaten der staatsfeindlichen Parteien darf kein Erfolg beschieden sein! Es gibt nur einen ernsthaften Kandidaten, das ist der jetzige Reichspräsident von Hindenburg.

Zu den Parteien, die unentwegt ihren Vernichtungswillen dem heutigen Staat gegenüber zur Schau tragen, kann es keine andere Einstellung für preußische Beamte geben als die bisherige ablehnende. Daran kann auch eine wirklich oder scheinbar andre Beurteilung einzelner Stellen der Reichsregierung nichts ändern.

Deshalb ist es die Auffassung der Staatsregierung, daß bei aller Wahrung der parteipolitischen Neutralität den Bestrebungen staatsfeindlicher Parteien auch im Wahlkampf um den Reichspräsidentenposten entschieden entgegengetreten werden muß.

Vor allem aber muß es Aufgabe der Verwaltungsbehörden sein, in den kommenden Wochen mit allen Mitteln den Versuchen terroristischer Beeinflussung der Wähler entgegenzutreten. Ich bitte Sie daher, von der Möglichkeit, Verleumdungen der Reichs- und Staatsregierung in der Presse durch Auflage von Berichtigungen entgegenzutreten, weitgehenden Gebrauch zu machen. Jede Ruhestörung größerer Art muß auf jeden Fall verhindert werden. Ich werde den

Ausschank von Branntwein

usw. für den 12. und 13. März verbieten. Der Tag der Wahl des Reichspräsidenten muß zu einem Tag des Sieges der Vernunft und des Willens zum Aufbau werden.

An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine rege Aussprache, in deren Verlauf auch Ministerpräsident Braun das Wort ergriff und zur Frage der

Pressenotverordnung

ausführte:

Die Bevölkerung ist heute durch die lastende Wirtschaftsnot politisch krank und jeder tollen Lüge leicht zugänglich. Deshalb sind die Folgen geistiger Brunnenvergiftung in den Versammlungen in kleinen Orten und in der Presse auf dem Lande besonders schlimm. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß es weniger auf Zeitungsverbote ankommt als darauf, auch in der Presse der radikalen Parteien der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb müssen meines Erachtens die Verwaltungsbehörden vom Recht der Notverordnung, in den gegnerischen Zeitungen Erwiderungen und Richtigstellungen gegenüber verleumderischen Angriffen zu bringen, ausgiebig Gebrauch machen.

Am Schluß der Aussprache faßte der Minister des Innern noch einmal das Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, daß aus allen Ausführungen sich die Gewißheit ergeben habe, daß die kommenden politisch be-

Bildung des Memeldirektoriums.

Ohne Befragung der Mehrheitsparteien.

•:• **Memel**, 27. Februar.

Wie das „Memeler Dampfboot" meldet, hat der Gouverneur des Memelgebietes heute mittag den Rektor der litauischen Grundschule in Memel Simmat (die deutsche Schreibweise für Simaitis) zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. Verhandlungen mit den Fraktionsführern der Volkspartei und der Landwirtschaftspartei, die bekanntlich die Mehrheit des Memeler Landtages darstellen, sind dieser Ernennung nicht vorausgegangen. Der neu ernannte Präsident Simmat hat sich auch nicht an die Führer der Mehrheitsparteien gewandt, um mit ihnen Verhandlungen über die weitere Zusammensetzung der Regierung zu führen. Dagegen hat er sich direkt mit zwei Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt, die den Mehrheitsparteien agehören oder ihnen nahestehen, und sie aufgefordert, in die Regierung einzutreten. Eine Entscheidung darüber, welche Haltung die beiden Herren einnehmen werden, ist noch nicht gefallen. Sie wird vor allem davon abhängig sein, welche großlitauisch orientierten Herren der Gouverneur außer Herrn Simmat sonst noch in der Regierung sehen will. Die endgültige Entscheidung dürfte im Laufe des Sonnabend fallen.

Hierzu erfahren wir noch von unserem Korrespondenten, daß Simmat zwar politisch nicht hervorgetreten ist, sich aber als Litauer bekennt. Seine Ernennung ist ohne jede vorherige Fühlungnahme mit den Mehrheitsparteien erfolgt. Wie verlautet, will man in das neue Direktorium Tolischus hineinnehmen, was für die Mehrheitsparteien völlig untragbar ist.

Die amtliche Litauische Telegraphenagentur veröffentlicht zu dieser Angelegenheit eine Mitteilung, in der sie die Beauftragung Simmats mit der Bildung des Landesdirektoriums bestätigt. Simmat werde sich an bestimmte Personen der Mehrheitsparteien wenden, um sie zur Mitarbeit in dem neuen Direktorium aufzufordern. — In der Mitteilung der Litauischen Telegraphenagentur wird ferner hervorgehoben, Gouverneur Merkys habe dem Vertreter der memelländischen Mehrheitsparteien Gubba erklärt, daß es ihm nicht möglich sei, mit den Mehrheitsparteien in einen offiziellen Kontakt zu treten, weil diese ihren Protest gegen die Abberufung Böttchers aufrecht erhielten.

wegten Wochen die preußische Verwaltung wohlvorbereitet finden werden.

★

Aufruf des Christlich-Sozialen Volksdienstes für Hindenburg.

— **Berlin**, 27. Februar.

Die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat einen längeren Aufruf veröffentlicht, in dem sie für die Wiederwahl Hindenburgs eintritt. Im Aufruf heißt es u. a.:

Unser Wunsch ist es immer gewesen, die feldgraue Kameradschaft zu einer umfassenden Volksgemeinschaft werden zu lassen. Nur die Person Hindenburgs vermag diese umfassende Volksgemeinschaft zu sammeln, weil er in wahrhaft überparteilicher Größe nur den deutschen Menschen sieht. Was ein Freiherr vom Stein erlebte, was einem Bismarck widerfuhr, das muß heute auch ein Hindenburg tragen. Die Freunde von gestern werden zu Gleichgültigen und Feinden, wenn ihre Erwählten über den Kreis der Standes-, Gesinnungs- und Parteigenossen hinaus alle aufbauenden Kräfte der gesamten Nation in die Dienstfront des guten vaterländischen Freiheitswillens einreihen. Hindenburg ist uns der Ausdruck des Freiheitswillens des deutschen Volkes! Was er an Schwerem uns zu tragen auflegt, muß er von uns fordern, damit der Kampf um die Beseitigung zum Siege gebracht werden kann. Der Präsident des Deutschen Reiches gehört allen. Er gehört keiner Partei. Deshalb fort mit allen Parteigrößen bei der Entscheidung des 13. März.

★

Eine Erklärung des Kyffhäuserbundes

— **Berlin**, 27. Februar.

Der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser teilt mit:

„Die am Tage der Präsidentschaftserklärung Hindenburgs veröffentlichte Kundgebung des Ersten Präsidenten des Kyffhäuserbundes, General der Artillerie a. D. von Horn, ist durch den einsetzenden Parteikampf um machtpolitische Fragen in wesentlichen Punkten für agitatorische Zwecke ausgenutzt worden. Dies war vorauszusehen. Selbst aber auf die Gefahr hin, daß der über den Parteien stehende Kyffhäuserbund durch den Tageskampf um politische Meinungen in Mitleidenschaft gezogen werden würde, durfte die Bundesführung dieser größten Organisation altgedienter Soldaten im gerechten Streben für das Wohl des Vaterlandes sich nicht davon abhalten lassen, die Gewissensfrage des Reichspräsidenten, der bekanntlich Ehrenpräsident des Kyffhäuserbundes ist, mit reinen soldatischen und vaterländischen Treuempfinden zu beantworten. Diese freie Antwort, nicht diktiert von Parteien, Ausschüssen oder politischen Machtsichtungen, steht für die Organisation zu unverrückbar fest. Dies hindert aber nicht, auch das besonders zu betonen, was aus Parteitaktik gern in der Oeffentlichkeit übersehen wird, daß nämlich die Kundgebung neben der Mahnung, dem Ehrenpräsidenten Vertrauen und Treue zu bewahren, ausdrücklich festlegt, daß jedes einzelne Mitglied für sich selbst bei der Reichspräsidentenwahl zu entscheiden hat. Um hierüber nochmals Klarheit zu schaffen, heißt es in einer Bekanntmachung, die der Vorstand des Kyffhäuserbundes in der soeben erschienenen Nummer des Bundesblattes „Kyffhäuser" veröffentlicht: „Aus dem Treugelöbnis die Schlußfolgerung für politische Gefolgschaft zu ziehen, ist dem einzelnen überlassen. Jeder einzelne hat, wie in der Kundgebung zur Reichspräsidentenfrage gesagt wurde, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

★

Die Asta der Universität München.

München, 28. Februar.

Die Asta der hiesigen Universität nahm in Anwesenheit der Nationalsozialisten folgenden Antrag an: „Die Studentenschaft der Universität München spricht mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes den Wunsch auf Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg aus. Sie sieht darin keine parteipolitische, sondern eine wahrhaft nationale Tat. Hindenburg verkörpert für die akademische Jugend den lebendigen Geist deutscher Geschichte von den Tagen der Reichsgründung über Tannenberg bis in die Gegenwart des großen Kampfes für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern der Welt. Keine Erscheinung des Parteilebens und der Tagespolitik ist imstande, wie Herr Reichspräsident von Hindenburg hoch über innerer Zerrissenheit im Vaterland und in der Welt als Sinnbild des ganzen Deutschland zu gelten. Die Studentenschaft erkennt in Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ihr großes Vorbild der Pflichterfüllung für Deutschlands Wohl und Ehre, zu dem sie auch weiterhin in Ehrfurcht und Treue aufblicken will."

★

Eine auslandsdeutsche Kundgebung.

× **Berlin**, 27. Februar.

Die Vereinigung reichsdeutscher Republikaner zu Riga hat an den Hindenburg-Ausschuß folgende Entschließung gelangen lassen: Die am 20. Februar 1932 versammelten Mitglieder der Vereinigung reichsdeutscher Republikaner zu Riga nehmen aus dem Gefühl vaterländischer Verbundenheit mit der Heimat heraus in folgender Weise Stellung zur Reichspräsidentenwahl: Wenn uns als Auslandsdeutschen auch die Teilnahme am Wahlakt versagt ist, so drängt es uns doch, in diesem entscheidenden Augenblick auch unsere Stimme in die Waagschale zu werfen und für die Wiederwahl des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg einzutreten. In der Person Hindenburgs erblicken wir ein Symbol deutschen Pflichtgeistes und überparteilichen Führertums bis über die Grenzen des Vaterlandes hinaus, des Vertrauens zum deutschen Volksstaat, zur deutschen Stärke. Wir fordern die Volksgenossen auf, am 13. März ihre Stimme dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zu geben.

★

Die nationalsozialistischen Anstrengungen.

× **Berlin**, 27. Februar.

Die NSDAP. veranstaltete heute abend im Sportpalast eine Kundgebung, in der als erster Redner Dr. Goebbels sprach. Er führte u. a. aus, daß außer der Verteilung von Millionen von Flugblättern und Plakaten bis zum 13. März etwa 50000 Massenkundgebungen im ganzen Reich abgehalten würden. Regierungsrat Hitler gab einen Ueberblick über die Regierungspolitik der letzten 13 Jahre, wie sie sich nach nationalsozialistischer Auffassung darstellt. Ein deutscher Präsident habe sich aber in erster Linie als Bewahrer des deutschen Volkes zu fühlen, denn die Verfassung sei nicht um ihrer selbst willen, sondern für das Wohl und für die Zukunft des Volkes geschaffen worden.

★

Ein Kommunistenblatt gegen Thälmann.

)(**Stockholm**, 27. Februar.

Das hiesige Kommunistenorgan „Folkets Dagblad" konstatiert in einem Leitartikel „Hindenburg oder Hitler?", daß man sich unter den jetzigen Verhältnissen am liebsten einen radikalen Gewerkschaftler gewünscht hätte, der Aussicht gehabt hätte, auch nennenswerte radikale Elemente aus dem bürgerlichen Lager für sich zu gewinnen. Die Tatsache, daß die Kominternleute Thälmann als Kandidaten nehmen, könne — wenn die Kandidatur, wie wahrscheinlich, im zweiten Wahlgange aufrechterhalten bleibe, — einen Sieg der Faschisten bedeuten. Die Folge wäre die vollständige Unterdrückung der Arbeiterbewegung, ein Umstand, auf den man sowohl auf sozialdemokratischer als auch auf Kominternseite gefaßt sei.

Hitler an Hindenburg.

Will die N.S.D.A.P. von jetzt ab ritterlich kämpfen?

© **München**, 28. Februar.

Regierungsrat Hitler hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er zunächst auf zwei Stellen des Wahlaufrufs der Sozialdemokratischen Partei vom 27. Februar verweist, in denen eine etwaige Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten gleichgesetzt wird mit Chaos in Deutschland und ganz Europa und Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse usw. Hierzu schreibt Hitler:

Ich weise den Versuch, mit diesen Methoden das Ausland gegen die freie politische Meinungsentscheidung der deutschen Nation unter Bezugnahme auf Ihren Namen mobilmachen zu wollen, entrüstet zurück. Ich habe in meinen Aeußerungen Ausländern gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung von wahrhafter und aufrichtiger Friedensliebe beseelt gewesen ist. Versuche, eine unbequeme deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhestifterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Hereinbeziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen, und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise abzuwehren wissen. (Hier wäre wohl die Zwischenfrage erlaubt: Wer war es denn, der sich bemühte im Auslande die Ansicht zu verbreiten, daß nur der Nationalsozialismus, und nicht die Regierung Brüning, der maßgebende Unterhändler des deutschen Volkes sei und allein die Prokura besitze, aussichtsvoll und bindend mit dem Auslande zu verhandeln? D. Red.)

Weiter behauptet Hitler, zu den Aeußerungen des sozialdemokratischen Aufrufes, daß seit Jahren von Pressefreiheit in Deutschland überhaupt nicht mehr die Rede sein könne, und daß gerade in diesen Tagen der Wahl, der Wahlvorbereitungen und des Wahlkampfes die verfassungsmäßig garantierte Wahlfreiheit und Freiheit der Wahlpropaganda auf das Schonungsloseste unterdrückt werde. (Will der Nationalsozialismus wirklich ritterlich kämpfen, so wird ihn daran niemand behindern. D. R.) In einem dritten Punkt verweist Hitler darauf, daß der preußische Innenminister Severing den preußischen Ober- und Regierungspräsidenten und anderen preußischen oberen Beamten die nationalsozialistische Partei als staatsfeindlich hingestellt haben soll, und erklärt, daß er in diesem Vorgehen einen unzulässigen Druck auf die preußische Verwaltung sehe, ihren Einfluß in einem die Wahl für die nationalsozialistische Partei ungünstigen Sinne geltend zu machen. (Man vergleiche dazu die neueste Entscheidung des Disziplinargerichtshofes für nichtrichterliche Beamte. D. R.) In Beziehung auf den Wunsch des Reichspräsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werde, betont Hitler, daß Reichsinnenminister General Groener in einer amtlichen Erklärung den Reichstagsabgeordneten Dr. Göbbels eine sinnentstellte Aeußerung zugeschrieben (?) habe, die nach dem amtlichen Reichstagsprotokoll nicht gefallen sei und daß der Reichsinnenminister trotz erfolgter Aufklärung seinen schweren Vorwurf nicht zurückgezogen habe. Vielmehr sei die nationalsozialistische Partei gezwungen worden, die objektiv unrichtige, vom Innenministerium verbreitete Darstellung in ihrer eigenen Presse zum Abdruck zu bringen. (Was Göbbels wirklich gesagt hat, wird auch Hitler, so sehr unangenehm es ihm sein mag, im Ernste nicht in Abrede stellen können. Die sich widersprechenden Umdeutungsversuche der Nazi-Presse redeten eine zu deutliche Sprache. D. R.) Hitler kommt dann auf die Aeußerung zu sprechen, er sei österreichischer Deserteur gewesen und habe deshalb seine Staatsangehörigkeit verloren. Er verweist darauf, daß er schon im Februar 1914 überhaupt keine österreichische Heeresverpflichtung mehr gehabt habe und mithin aus freiem Willen und nur aus nationaler Begeisterung bei Kriegsausbruch in die deutsche Armee eingetreten sei, in der er dann über 5½ Jahre zu dienen die Ehre hatte. (Das ist nichts Besonderes; das haben tausende getan. D. R.) Der Brief schließt mit einem Appell an den Reichspräsidenten in diesem Kampfe die Prizipien der Ritterlichkeit wieder herzustellen. (Da dürfte der Reichspräsident sich bei der nationalsozialistischen Presse wohl vergebens bemühen. D. R.)

★

Er biedert sich bei der ausländischen Presse an.

— **Berlin**, 28. Februar.

Hitler empfing am heutigen Sonntag Vertreter der ausländischen Presse und erläuterte ihnen den Brief, den er am Mittag an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet hatte. Die Tatsache, daß er — entgegen seiner ursprünglichen Absicht — sich in dieser Angelegenheit jetzt an die ausländische Presse wende, begründete er mit dem Hinweis auf die Lage seiner eigenen Presse unter der Handhabung der Notverordnung. Es stelle ein Novum (?) dar, daß man bei einer innerpolitischen Frage das Ausland mobil mache und erkläre, wenn der Gegenkandidat gewählt werde, so könne das zum Kriege führen. Durch solche Redensarten würde nur der Nährboden für einen Krieg vorbereitet. Ein Sieg seiner Person und seiner Partei würde auf die Außenpolitik nicht ungünstig einwirken, sondern das Gegenteil bewirken. Hitler ließ dann zum Schluß den Brief an den Reichspräsidenten verlesen.

Die N.S.D.A.P. keine legale Partei.

Ein Urteil des Disziplinarhofs.

)!(**Berlin**, 28. Februar.

Der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten in Preußen hat im Disziplinarverfahren gegen einen höheren Polizeioffizier erneut den Grundsatz aufgestellt, daß das offene Bekenntnis des Polizeioffiziers zur NSDAP. ein Dienstvergehen sei.

Die Begründung des Urteils stellt unter anderem fest: Der Angeschuldigte ist für eine Partei eingetreten, welche den Umsturz der bestehenden republikanisch-parlamentarischen Staatsform nötigenfalls mit Gewalt erstrebt. Diesen Standpunkt hat der Disziplinarhof bereits in einer höchstrichterlichen Entscheidung vom 9. März 1931 vertreten; er hat sich dabei in Uebereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts befunden, dessen 4. Strafsenat in seiner Entscheidung vom 10. Februar 1931 entsprechendes ausgeführt hat. Von dieser Rechtsprechung, die seitdem in zahlreichen Entscheidungen ständig aufrechterhalten worden ist, abzugehen, besteht kein Anlaß. Wenn in neuerer Zeit nach den für die NSDAP. erfolgreichen Wahlen in der Parteipresse dieser Partei und den Aeußerungen ihrer Führer von „legalen" Wegen gesprochen wird, auf denen ihr Ziel, das „Dritte Reich", verwirklicht werden soll, so handelt es sich hierbei um eine

Verschleierung des wahren Zieles,

nämlich der gewaltsamen Beseitigung der bestehenden Staatsform. Dies ergibt sich übrigens schon aus der Tatsache, daß die vollkommen straff militärisch gegliederten und ausgebildeten „Sturm"-Abteilungen bestehen geblieben sind.

Das Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zu Treue und Gehorsam gegenüber dem Staate und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung einen gleich weiten Gebrauch zu machen, wie er jedem anderen Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerläßlichen Dienstzucht steht. Das Amt

umfaßt die Gesamtpersönlichkeit des Beamten; er ist niemals nur Privatmann.

Demnach verletzt ein Beamter, der, wie der Angeschuldigte, offen für eine Partei eintritt, welche den Umsturz der bestehenden Staatsordnung nötigenfalls im Wege der Gewalt erstrebt die Treuepflicht, die aus seinem Anstellungsverhältnis gegenüber dem Staat in seiner verfassungsmäßigen Form als eine der grundlegendsten Amtspflichten entspringt."

Nächste Reichstagstagung noch unbestimmt

Termin von der Reichspräsidentenwahl abhängig.

— **Berlin**, 27. Februar.

Der Reichstag hat am Freitag dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, im Einvernehmen mit dem Aeltestenrat und der Reichsregierung den Termin der nächsten Reichstagssitzung zu bestimmen. Von der sofortigen Festsetzung eines Termins hat man hauptsächlich wegen der Unsicherheit über das Ergebnis des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl Abstand genommen. Wenn der erste Wahlgang schon die Entscheidung bringt, ist auf jeden Fall damit zu rechnen, daß der Reichstag schon in der zweiten Märzhälfte wieder zusammentreten wird. Arbeitsstoff ist aus dem in monatelangen Beratungen der Ausschüsse durchgearbeiteten Antragmaterial reichlich vorhanden. Wenn der erste Wahlgang nicht zur Entscheidung führt, wird der Reichstag zwischen den beiden Wahlgängen kaum noch einmal zusammentreten. In diesem Falle wird die nächste Reichstagssitzung erst nach dem 10. April stattfinden. Dann wird auch der neue Reichsetat dem Reichstage zugehen. Ausschußtagungen sind dagegen auch für die nächsten Wochen wieder in reichem Maße zu erwarten, um das ihnen überwiesene Material zu beraten. Der Haushaltsausschuß ist bereits für den 17. März einberufen.

★

Wieder Preußischer Landtag.

— **Berlin**, 27. Februar.

Am Dienstag, dem 1. März, beginnt ein neuer Vollsitzungsabschnitt des Preußischen Landtages, in dem neben kleinen Vorlagen der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse der Studenten und die Disziplin auf den staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen zur Beratung steht. Auch landwirtschaftliche Angelegenheiten stehen wieder auf der Tagesordnung. Im Aeltestenrat, der am Dienstag vor dem Plenum zusammentritt, will man vor allem den Termin für den Beginn der Haushaltsberatungen festsetzen. Wollte der Landtag warten, bis der Staatsrat mit dem Etat fertig ist, dann würde er frühestens am 10. März den Haushalt in Arbeit nehmen können. Es wird jedoch, wie das VDZ.-Büro bereits gemeldet hat, bestimmt damit gerechnet, daß der Landtag den Etat für 1932 so rechtzeitig bekommt, daß er bereits am 4. und 5. März die erste Lesung durchführen könnte.

Der Preußische Staatsrat, der gleichfalls am 1. März zusammentritt, erledigt in dieser Sitzung nur kleine Vorlagen. Sein verstärkter Hauptausschuß wird die Vorberatung des Etats so fördern, daß das Staatsratsplenum den Haushalt am 9. März verabschieden kann.

Hausſuchungen bei Max Sklarek.

Die Brüder lebten auch nach dem Krach nicht schlechter.

× **Berlin**, 27. Februar.

Die Staatsanwaltschaft hat während des Sklarek-Prozesses Mitteilungen darüber erhalten, daß der Gesundheitszustand Max Sklareks nicht so ungünstig sei, wie es von ihm dargestellt wurde. Außerdem waren Hinweise und Briefe und sonstiges Material gekommen, die über das Leben der drei Brüder nach dem Zusammenbruch angeblich Aufschluß geben sollten. Die Staatsanwaltschaft erwirkte daraufhin einen Gerichtsbeschluß, auf Grund dessen am Sonnabend eine überraschende Aktion einsetzte. Staatsanwalt Dr. Weißenberg und der medizinische Sachverständige Professor Ringleb erschienen heute früh in der Wohnung Max Sklareks, der sofort von Professor Ringleb einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde. Dabei wurde festgestellt, daß Max Sklarek tatsächlich an einer schweren Herz- und Nierenerkrankung leidet, die bestenfalls eine beschränkte Vernehmungsfähigkeit im Hause gestattet.

Bei der Durchsuchung der Wohnung Max Sklareks wurde ein Briefwechsel zwischen ihm und seinen Brüdern sowie mit anderen jetzigen Angeklagten des Sklarek-Prozesses, ferner bezahlte Rechnungen über erhebliche Beträge beschlagnahmt, und zwar stammte dieses ganze Material aus der Zeit nach dem Zusammenbruch des Sklarekschen Unternehmens. Die Rechnungen sollen beweisen, daß die Gebrüder Sklarek auch nach dem Krach einen nicht unbeträchtlichen Aufwand getrieben haben sollen.

Weitere Hausſuchungen fanden bei Verwandten von Max Sklarek statt, wo nichts gefunden wurde, ferner bei einem Steuerberater, der für Max Sklarek tätig war, und bei dem die Korrespondenz mit Frau Sklarek über Steuerfragen beschlagnahmt wurde.

Der „Angriff" auf sechs Tage verboten.

Eine Warnung des Berliner Polizeipräsidenten an die NSDAP.

Berlin, 27. Februar.

Der Polizeipräsident hat an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

In letzter Zeit sind durch die nationalsozialistische Presse und durch Versammlungsredner der NSDAP. Teile der Bevölkerung mehrfach öffentlich des Landesverrats bezichtigt und dadurch aufs schwerste beleidigt worden. Soeben habe ich mich veranlaßt gesehen, Ihre Parteizeitung für Berlin, „Der Angriff", wegen einer Versammlungsankündigung mit dem Thema „Der Kandidat Crispiens" auf sechs Tage zu verbieten, weil mit dieser Bezeichnung der Reichspräsident von Hindenburg getroffen werden sollte. Es ist hier die immer wieder in sinnentstellender Form wiedergegebene angebliche Aeußerung des Abgeordneten Crispien: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt" nunmehr auch zur Kennzeichnung des Reichspräsidenten verwandt worden. Die direkte oder indirekte Bezeichnung als Landesverräter gegenüber Staatsbürgern und ganzen Teilen des deutschen Volkes ist eine rohe Aeußerung der Mißachtung und verfolgt den Zweck, zu kränken und Deutsche als der Achtung des deutschen Volkes unwürdig hinzustellen. Ich bin nicht gewillt, diese Form des politischen Kampfes, von der der nunmehr von allen Kreisen des deutschen Volkes als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellte Reichspräsident v. Hindenburg betroffen worden ist, in meinem Amtsbereich weiterhin zu dulden, und werde dieser Methode entgegentreten. In Zukunft werde ich daher sowohl Presseerzeugnisse verbieten wie auch öffentliche Versammlungen auflösen, in denen deutsche Staatsbürger gemeinhin öffentlich durch Bezeichnung als Landesverräter mittelbar oder unmittelbar grob beschimpft und böswillig verächtlich gemacht werden.

Der nationalsozialistische Reichstagsabg. Hinckel, der Gau Belin, sowie der Verlag und die Schriftleitung des „Angriff" haben sich wegen des Verbots des „Angriff" beschwerdeführend an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Reichsinnenminister und an das Reichsgericht gewandt. In der Beschwerde wird u. a. gesagt, daß es sich bei der Veröffentlichung „lediglich um eine kommentarlos wiedergegebene Ankündigung zu einer Versammlung" handele, die bereits eine volle Woche zuvor von dem Berliner Polizeipräsidium genehmigt, öffentlich im gesamten Berliner Westen im gleichen Wortlaut plakatiert und seit Tagen im „Angriff" im ebenso gleichen Wortlaut angekündigt gewesen sei.

Räumung von Kiangwan.

— **Schanghai**, 28. Februar.

Der heutige Tag war gekennzeichnet durch die völlige Räumung Kiangwans seitens der Chinesen und durch einen neuen japanischen Luftangriff auf den Flugplatz Hangtschau. In den Straßen wurden 1600 tote Zivilisten gezählt, während die Ruinen der einstmaligen Stadt zweifellos noch Hunderte von Toten bergen. Der Leichengeruch macht es den Chinesen unmöglich, in der Stadt zu bleiben. Die dauernden Angriffe der japanischen Artillerie und der japanischen Flugzeuge verhindern eine Beerdigung der Toten. Die chinesischen Truppen haben nunmehr eine Linie von Schützengräben unmittelbar westlich von Kiangwan eingenommen. An dieser neuen Front kam es nachmittags zu Kämpfen, doch behaupteten die Chinesen ihre neuen Stellungen. Heute vormittag zerstörten drei japanische Bombenflugzeuge den ganzen Flugplatz. Der dem Marschall Tschiangkaischek gehörende Privatflugplatz soll gleichfalls völlig zerstört worden sein.

100 russische Fischer auf einer Eisscholle ins Meer getrieben.

— **Reval**, 27. Februar.

100 sowjetrussische Fischer sind, wie die russische Gesandtschaft in Reval den estländischen Behörden mitteilte, während des letzten Sturmes auf einer Eisscholle in den Finnischen Meerbusen abgetrieben worden. Da die Fischer bisher weder an der estländischen noch an der finnischen Küste gesichtet worden sind, ist man in größter Sorge um ihr Schicksal. Die estländische Regierung hat sich bereit erklärt, Fliegerhilfe zu leisten.

Aus aller Welt.

Drei Kinder bei einem Brande getötet.

:?: **Stockholm**, 27. Febr. In der Nähe von Upsala brannte gestern abend ein Wohngebäude nieder, drei Kinder, die allein zu Hause waren, fanden den Tod.

Schweres Grubenunglück in Westvirginia.

)(**Bluesfield (Westvirginia), 27. Febr. In einer hiesigen Kohlengrube ereignete sich eine Explosion. 30 Bergarbeiter werden vermißt.**